welche die geschichtliche Bedeutung der Wehranlagen nicht oder nur ungenügend erfaßt werden kann.

Unteruhldingen

Wolfgang La Baume

Günther Wollheim, Die deutsche Ostkolonisation der Neuzeit. Eine siedlungsgeschichtliche Studie auf dem Wege zur Schematologie. Freiburg i.Br. Selbstverlag des Autors (Granatgasse 6), 1957. 38 S.

Der Vf. versucht, innerhalb des weiten Bereiches der neuzeitlichen deutschen Ostsiedlung Grundlinien und Grundformen herauszuarbeiten, indem er für die politischen Hauptgebiete Polen, Preußen, Österreich und Rußland jeweils darstellt: 1) den Siedlungsraum in seiner Abhängigkeit von den geographischen Voraussetzungen und der älteren Landesgeschichte, 2) den Träger des Siedlungswerkes (Adel, absolute Staaten usw.) und seine Zielsetzungen, 3) Konfession und Stammesart (Stammesvorland- und Fernsiedler) der Kolonisten und die Gründe (religiöse, wirtschaftliche) ihrer Wanderung, 4) die Lebensformen der neuen Siedlungsgruppen (Dorfformen, Besitzgröße, Rechtslage, Wirtschaftsformen usw.). Den Beschluß bildet jeweils eine Gesamtwürdigung der Gruppe und ein Ausblick auf ihre spätere Entwicklung.

Der Vf. ist Volkswirtschaftler, nicht Siedlungshistoriker, und hat für seine auf knappem Raum zusammengedrückte Studie keine Quellenforschungen betrieben, sondern sich auf die Auswertung einiger wichtiger Vorarbeiten von ebenfalls schon synthetischem Charakter beschränkt. Er hat dabei im allgemeinen eine glückliche Hand bewiesen und gute zusammenfassende Formulierungen gefunden, die in nicht wenigen Fällen zu vertieften Einsichten weiterführen können. Zu kurz gekommen sind nur das 16. und 17. Jh. So wichtige Siedlungsbewegungen wie die neuzeitliche Erschließung der ostdeutschen Mittelgebirge oder das deutsche Vordringen gegenüber den Tschechen in Westböhmen (vgl. Anm. 24) werden gar nicht gesehen. Daraus ergibt sich dann die irrende Meinung des Vfs. (S. 6), daß die neuzeitliche Ostsiedlung keine wesentliche Erweiterung des geschlossenen deutschen Volksgebietes und fast keine sprachliche Verdeutschung fremder Gruppen im Gefolge hatte. Merkwürdig ist, daß die 1939 niedergeschriebene Arbeit 1957 anscheinend unverändert gedruckt wurde, ohne mit einem Wort auf die seitherigen Fortschritte der Forschung einzugehen.

Hamburg

Walter Kuhn

Johannes Müller, Kantisches Staatsdenken und der preußische Staat. Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr. VIII. Hrsg. Der Göttinger Arbeitskreis. Holzner-Verlag, Kitzingen (jetzt Würzburg) 1954. 92 S. DM 4,80.

In der populären, aber auch in der wissenschaftlichen Literatur wird häufig die Ansicht vertreten, die Ethik und Staatsphilosophie Kants seien reinster Ausdruck des preußischen Ethos und Staatsbewußtseins, wobei sich mit dieser Behauptung bald eine mehr positive, bald eine eher negative Bewertung verbindet. Die vorliegende Arbeit setzt es sich zum Ziel, diesen verbreiteten Glauben kritisch zu prüfen, und gelangt zu dem Ergebnis, daß es sich um eine der in der Geistesgeschichte so häufigen Legenden handelt, welche den historischen Sachverhalt zwar nicht völlig verfälschen, aber doch stark verzerren. Freilich

fällt die Beweisführung nicht leicht, da das Staatsdenken Kants keineswegs ganz homogen ist, so daß sich recht verschiedene Deutungen mit Zitaten aus seinen Werken gut belegen lassen.

Doch ist dem Vf. zweifellos gelungen, sehr wesentliche Unterschiede zwischen der friderizianisch-preußischen Staatsauffassung und jener Kants und der späteren deutschen Erhebung herauszuarbeiten. Im alten Preußen verband sich das traditionelle Gottesgnadentum der Könige unter dem aufgeklärten Absolutismus Friedrichs II. mit der für das 17. und 18. Jh. bezeichnenden Betrachtung des Staates als einer *machina machinarum* — zu welcher letzterer übrigens auch die Forschungen Carl Schmitts heranzuziehen gewesen wären. Diese Staatskonstruktion, die vom Monarchen wie von einem Werkmeister in Gang gesetzt und gesteuert wird, ermöglichte jedoch dem Einzelmenschen keine tatsächliche und keine innere Anteilnahme an dem politischen Geschehen und hat daher besonders die gebildeten Schichten in einen gesteigerten Individualismus abgedrängt. Andererseits war — wie der Vf. mit Recht hervorhebt — auch das Verhältnis des „Philosophen von Sanssouci“ zur Philosophie ein recht äußerliches. Dem Verlangen des Menschen nach Selbstbestimmung stand der alt-preußische Staat jedenfalls fremd, ja ablehnend gegenüber.

An diesem Punkte wird der Gegensatz zwischen Kant und dem Staat seiner Zeit sowie die außerordentliche, ja fast revolutionäre Selbständigkeit des Königsberger Denkers am deutlichsten. Obwohl dieser sich über die tatsächlichen Eigenschaften der Menschen und die wirklichen Verhältnisse unter den Individuen und den Staaten keinen Illusionen hingibt, so fordert er doch, daß nur aus der Besinnung auf die Idee des Menschen und nicht aus der Erfahrung entnommen werden darf, was der Mensch im Staat und was der Staat für den Menschen sein soll: die Bestimmung des Staates liegt nicht in diesem selbst, sondern er erfüllt seine Aufgabe nur, wenn er der Bestimmung des Menschen in dieser Welt dient, und diese liegt letztlich im Bereich des Intelligiblen und der Freiheit. Jede Annahme einer weitgehenden Abhängigkeit zwischen dem kunstvoll errichteten Mechanismus des absolutistischen preußischen Staates und der auf Menschenrecht und Menschenwürde gegründeten Staatsauffassung Kants ist daher als unhaltbar zurückzuweisen. So ist denn Kant auch in hohem Alter mit den Zensurbehörden seines Landes in einen folgenreichen Konflikt geraten. Darum ist es auch nicht erstaunlich, daß die grundlegenden Ideen des Philosophen erst dann praktisch wirksam wurden, als der preußische Staat durch die Niederlagen des Jahres 1805 bis in die Grundfesten erschüttert wurde. Es ist ein besonderes Verdienst des Vfs., daß er den Anteil des Kantischen Denkens an den geistigen und politischen Leistungen der großen Reformzeit im zweiten Teil seiner Arbeit entsprechend hervorhebt, vor allem die Tatsache, daß das geistige Ringen des Denkers um die Versöhnung von Staatsidee und Humanitätsgedanken nun seine Früchte zu tragen begann. Bauernbefreiung, Städteordnung und Heeresreform sind unter wesentlicher Mitwirkung von Schülern und Freunden des Philosophen zustande gekommen. Doch das Denken Kants ist überhaupt an keinen bestimmten Staat und an keine bestimmte Epoche gebunden, sondern besitzt überzeitliche Bedeutung, indem es die freie Bindung des Einzelmenschen an einen von den Grundsätzen der Freiheit und Menschenwürde erfüllten Staat als immer gültiges Leitbild verkündet.

Man wird diese klare und kenntnisreiche, in Aufbau und Gedankenführung wohlgelungene Arbeit als wertvollen Beitrag zur Kantforschung begrüßen dürfen; nur ist leider die drucktechnische Ausführung nicht ganz auf der Höhe, die uns heute wieder selbstverständlich geworden ist.

Wien

Ernst Topitsch

Walter Pauly, Als Landrat in Ostpreußen. Ragnit-Allenstein. (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd VIII.) Holzner-Verlag, Würzburg 1957. VIII, 152 S. Geb. DM 6,80.

Mit dem VIII. Band hat der Göttinger Arbeitskreis in seiner Publikationsreihe „Ostdeutsche Beiträge“ ein Büchlein besonderer Art herausgebracht. Es ist lebendige Geschichte, die dem Leser in den Erinnerungen Walter Paulys begegnet. Noch mit 85 Jahren hat der Vf. zur Feder gegriffen, um Ostpreußen, seiner zweiten Heimat, „vor allem aber meinem lieben Kreise Allenstein und allen Ostpreußen, die mir Freunde geworden sind, meinen Dank abzustatten für alles Schöne und Liebe, was sie mir schenkten.“ Wer wie der Besprecher Ostpreuße ist, wird auch seinerseits nicht anstehen, dem Rheinländer Pauly zu danken für sein Erinnerungsgeschenk, das er nicht weniger als Mahnung an die jüngere Generation verstanden wissen will. Hinter dem lebenswürdigen und unaufdringlichen Plauderton des erfahrenen Verwaltungsfachmannes klingt der ernstere Tenor eines gereiften geschichtlichen Verantwortungsbewußtseins hindurch. Pauly wollte keine Geschichte im eigentlichen Sinne schreiben, nicht einmal die seines eigenen langen Lebens, das ganz zurücktritt hinter seinem Kreis, den er fast 10 Jahre lang verwaltete, und hinter der Aufgabe, den ganzen Umfang seiner reichen Verwaltungstätigkeit zu schildern. Und dennoch ist sein Erinnerungsbüchlein zu einem Stück wertvoller ostpreußischer Geschichte geworden, zugleich auch zu einem eindringlichen Selbstdokument eines preußischen Verwaltungsbeamten liberaler Herkunft in der Wilhelminischen Zeit. Man sieht gern darüber hinweg, daß der Vf. uns keine neuen Kenntnisse und Einsichten vermittelte. Um so besser hat er es verstanden, längst Bekanntes, aber oft Vergessenes wieder gegenwärtig zu machen. Sein Verdienst liegt vornehmlich in der farbigen Schilderung seiner Tätigkeit als preußischer Landrat, den die freundlichere Kritik den „König seines Kreises“ nannte, in der Darstellung der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung des Kreises Allenstein zu Beginn dieses Jahrhunderts und in der Beschreibung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse einer aufstrebenden und regsamen Bevölkerung. Seine Schwäche liegt im politischen Desinteresse, in der scheinbaren liberalen Neutralität des Verwaltungsbeamten, dem jede Form von Parteipolitik und innerpolitischem Kampf zuwider ist, weil sie nicht mit der guten alten kameralistischen Fiktion vom „Allgemeinen Besten“, das immer durch die Verwaltung repräsentiert wird, in Übereinstimmung gebracht werden kann. Man wünschte sich noch recht viele solcher „Lebenserinnerungen“ verdienter Verwaltungsmänner aus Ostpreußen, Schlesien oder Pommern, denn ihre Erinnerungen gewinnen einen unschätzbaren Wert in einer Zeit, die mehr und mehr auf die Vergangenheit verzichten zu können glaubt, wenn sie ihre Zukunft gestalten will.

Göttingen

Walter Mertineit